

Tina Schilbach, KAS Büro Shanghai

## **Zwischen Partei, Markt und Familie: Chinesische Frauenrechte als Kompromissformel?**

**Zusammenfassung:** Gleichberechtigung ist 1949 für die Regierung der VR China parteipolitischer und gesellschaftsideologischer Grundsatz geworden, an dessen Anspruch niemand rütteln darf. In Wirklichkeit hat China aber Frauen keineswegs die „Hälfte des Himmels“ zugestanden, wie es die offizielle Propaganda versprach. Versteckte, verdeckte und ganz offen zur Schau getragene Projekte der Geschlechterdiskriminierung lassen sich durch die gesamte maoistische Ära zurückverfolgen. Auch traditionelle Frauenbilder konnten trotz des machtvollen Regierungsapparates nicht überwunden werden. Der heutige Reformprozess hat die Konstellationen des chinesischen Genderdiskurses in neue Bahnen geworfen. Neben Partei und Familie konkurriert nun auch die Marktwirtschaft um die Konstruktion zeitgemäßer Identitäten für Frauen. Der Wandel in China ist aber nicht nur ein wirtschaftlicher; er geht einher mit einer tiefgreifenden Transformation der Gesellschaft und vorsichtigen Versuchen politischer Liberalisierung. Diese Neuorientierung konfligierender Wertepole legitimiert in anderer Verpackung alte Formen der Diskriminierung. Sie schafft aber auch Chancen für chinesische Frauen, an den intellektuellen Ehrgeiz feministischer Bewegungen anzuknüpfen, die bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts die ersten zivilgesellschaftlichen Flügelschläge in China mitentfaltet haben. Dieser Artikel untersucht in Shanghai, wie die diffizilen Widersprüche von Moderne, Feminismus und Feminität in der chinesischen Frauenrechtsdebatte heute neu ausgehandelt werden.

**Tina Schilbach**, Jg. 1980, studierte Internationale Politik in Durham (England) und Chinesisch in Heidelberg und Shanghai. Sie hat als Seminarassistentin an der Universität Tübingen gearbeitet und war Praktikantin im Bereich Frauenpolitik beim Ostseerat in Kopenhagen; seit Sept. 2005 ist sie Projektassistentin im KAS Büro Shanghai.

### **Einleitung**

Wie in anderen sozialistischen Gesellschaftssystemen hat auch die Regierung in der VR China nach 1949 die Förderung zur Gleichberechtigung der Geschlechter zum ideologischen Anspruch und schließlich zum Verfassungsauftrag erklärt, und sich aktiv um die Einbindung von Frauen in Arbeit und öffentliches Leben bemüht. Chinesische Frauen sind dadurch in besonders hohem Grade am Arbeitsmarkt beteiligt wurden und konnten ihre finanzielle Unabhängigkeit entscheidend ausbauen; ein Erbe, das bis heute die Erwartungen vieler Chinesen bestimmt und China deutlich von der konservativen Frauenrolle in Japan oder Korea abhebt. Dass Frauen die Hälfte des Himmels trugen, untermauerte nicht nur die moralische Legitimität der Partei; die Idee sollte auch integraler Bestandteil einer sozialistischen Moderne sein, die, wie alle neuen Gesellschaftssysteme, auch ein neues Menschenbild schaffen wollte. Im Weißpapier zur „Gender Equality and Women’s Development in China“, das nun Ende August 2005 als Bestandsaufnahme „für den Rest der Welt“ veröffentlicht wurde, rühmt sich die Regierung der Erfolge, die ihre Politik zu verzeichnen habe. China sei nun mit einem „vollständigen Gesetzeswerk“ zum Schutz der Frauenrechte gerüstet und die Förderung der Gleichberechtigung stelle, trotz der noch unzureichenden Umsetzung im „Entwicklungsland mit der größten Bevölkerung der Welt“, einen „wichtigen Teil des Aufbaus einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ dar.

Die chinesische Regierung erkennt damit auch an, dass wirkliche Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht ist. Ganz offen listen auch andere Regierungsdokumente, wie zum Beispiel der 2004 von der CEDAW angeforderte Bericht zur Lage der Umsetzung der UN Normen gegen die Diskriminierung der Frau, nachwievor bestehende Hindernisse auf: Schließlich befinde sich die chinesische Gesellschaft heute erst „am Anfang des Aufbaus des Sozialismus“. Die großen regionalen Disparitäten, die noch unvollendete Modernisierung in den unterentwickelten Gegenden Chinas, die feudalen Überreste einer patriarchalischen Tradition und das fehlende Bewusstsein weiter Teile der Öffentlichkeit erklärten, warum die bestehenden Gesetze nur unzureichend implementiert werden können.

Ein etwas schärferer Blick in die Substanz des ambitionierten Anspruchs der chinesischen Regierung offenbart allerdings nicht nur die Lücken in der konkreten *Umsetzung* sondern auch Fragezeichen in ihrer grundsätzlichen *Konzeption*.

Dass Gleichberechtigung nicht nur auf die Öffentlichkeit beschränkt bleiben darf, sondern auch in der Privatsphäre und den subtileren Bereichen der Diskriminierung durchsetzbar sein muss, hat beispielsweise erst in den letzten Jahren den Gesetzgeber erreicht. Allein die Palette an Gesetzesänderungen und Neufassungen bestehender Rechtsgrundlagen, die diese vorher kaum diskutierten Themen aufwerfen und anerkennen, ist relativ neu. Es hat dabei jahrelange und mühselige Debatte gefordert, bis Revisionen verabschiedet werden konnten, die die mangelnde Spezifität der bestehenden Normen beheben sollten. Das Ehegesetz (1980) hat erst 2001 konkretere Bestimmungen erfahren, wodurch Gleichberechtigung in der Ehe, zum Beispiel bei ehelicher Gewalt oder im Scheidungsfall, klarer gesetzlich unterschrieben wird. Das Gesetz zum Schutz der Frauenrechte (1992), konzipiert als ein übergreifendes Gesetz gegen Geschlechterdiskriminierung, konnte sogar erst im August 2005 konkretisiert werden, also drei Jahre nach der ersten Annahme der Revision anlässlich des 10jährigen Jubiläums des Gesetzes 2002. Damit wird endlich, zum ersten Mal, sexuelle Belästigung benannt und gesetzlich verboten sowie verbesserter Schutz gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt gewährt. Die Gesetze sollen in das Zivilrecht inkorporiert werden.

Der wohl fundamentalste Eingriff in die persönliche Souveränität bleibt allerdings mit der Einkindpolitik und der vorgeschriebenen Familienplanung auch im 21. Jahrhundert ein gesetzlicher Anker der chinesischen Moderne.

Gleichzeitig beweist die Logik des Marktes und der wirtschaftlichen Globalisierung, wie leicht das staatlich sanktionierte Frauenbild in China revidiert und neu erfunden werden kann. Ob die Vermarktung des weiblichen Körpers in der Dienstleistungsbranche, in der schöne Frauen die Eingänge großer Firmen zieren oder (männliche) Klienten zum Essen ausführen; ob als Image der

jungen gehorsamen und geschickten Fließbandarbeiterin in den Produktionsstätten des Exportsektors, um niedrige Löhne und widrige Arbeitsbedingungen zu rechtfertigen; oder ob als unzuverlässige Arbeitskraft, die Firmen mit 1 bis 2-Jahresverträgen oder Teilzeitstellen abspeisen, mit der Annahme, die Frau werde sowieso bald schwanger werden und/oder sollte sich zuallererst um das Wohl ihrer Familie kümmern.<sup>1</sup> Der chinesische Staatsfeminismus ist also offensichtlich ein sehr fragiles Konstrukt und hat weder der konservativen chinesischen Tradition noch der Kommodifizierung durch die marktwirtschaftliche Moderne wirklich effektive Instrumente entgegengesetzt.<sup>2</sup>

Erste Einblicke in die Ambivalenz der Genderpolitik Chinas erschließen sich bereits durch Alltagsbegegnungen. Seit die Autorin 2004 nach Shanghai gekommen war, eröffneten sich für sie auch zahlreiche Gelegenheiten zu persönlichen Gesprächen mit jungen Frauen in der Stadt, die oft sehr bereitwillig über ihre Lebenssituation berichteten. Besonders irritierend stach dabei immer wieder hervor, wie paradox sich doch selbst diese Generation der 20 bis 30jährigen gestaltet: fast alles Einzelkinder aus sozialistischem und doch traditionell geprägtem Elternhaus, oft mit international-orientierter Ausbildung und „westlichen“ Karriere- und Konsuminteressen. Es schien deshalb nur schwer begreiflich, wie diese selbstbewussten, ehrgeizigen jungen Chinesinnen, selbst jene mit „liberalen“ Eltern, auch noch mit Ende Zwanzig ein Maß an Kontrolle und Aufsicht ihrer Familie akzeptieren, das in deutschen Familien unmöglich zu rechtfertigen wäre. Schon kleine Ausschnitte aus ihren Lebensläufen ließ erahnen, wie „moderner“ Lebensstil, ernsthafte Karrierevorstellungen und gar finanzielle Unabhängigkeit parallel existieren mit der schwer bürdenden „Verantwortung“ gegenüber der Familie, und der Unterordnung an die vielen Mechanismen der sozialen Kontrolle und gesellschaftlichen Regeln, ob an der Universität oder in der Karriereplanung, in den Vorbereitungen auf ein Eheleben, bei der Arbeitssuche oder, wenn überhaupt, in ihren Vorstellungen von einer modernen Gestaltung der Frauenpolitik in China.

Müsste nicht das halbe Jahrhundert „sozialistischer Staatsfeminismus“, verbunden mit den neuen individuellen Möglichkeiten der kapitalistischen Moderne, der vorsichtigen gesellschaftlichen Liberalisierung und der rapide voranschreitenden Internationalisierung, ein enormes Potenzial an Erwartungen seitens der chinesischen Frauen freigesetzt haben, nun wirkliche Autonomie für ihre Lebensgestaltung einzufordern? Warum erscheint dann manchen die soziale Unmündigkeit so selbstverständlich, anderen dagegen erdrückend schwer? Aus diesen ersten Eindrücken seitens der Autorin erwuchs immer stärker der Wunsch, der vermeintlichen Mixtur an Identitäten eine logische Essenz entziehen zu können, und die für ein „westliches“ Auge oft widersprüchlich, manchmal gar grotesk anmutenden Lebensvorstellungen nachvollziehbar zu machen. Es ist natürlich leicht, auf diese oft so vorgefertigten Raster der Lebensplanung herabzusehen; es ist einfach, das emsige Streben nach Konformität und nach Loyalität gegenüber den selbst brüchig werdenden gesellschaftlichen Autoritäten zu belächeln. Man muss sich erst bewusst werden, mit welchen konfligierenden

Wertekonstellationen und oft äußerst schwierigen Interessenlagen chinesische Frauen heute konfrontiert sind. Wie trotz des gesellschaftlichen Wandlungsdrucks, unter dem sich gerade junge Menschen in China befinden, ein immer noch gewaltiges Gewicht auf ihnen lastet, einen akzeptablen Kompromiss zu finden zwischen ihren eigenen Wünschen und den gesellschaftlichen Konventionen, Erwartungen und Grenzen. Denn so wie sich China im Wandel befindet, so entstehen auch neue, nicht immer leicht kompatible Wertediskurse aus Tradition und Moderne, Nationalismus und Globalisierung; aus parteistaatlichem Anspruch, marktwirtschaftlicher Anpassung und gesellschaftlicher Emanzipation.

Doch wie kommt es eigentlich, dass selbst der staatlich sanktionierte Feminismus mit einem machtvollen Regierungsapparat und dem sozialistischen Anspruch auf soziale Gerechtigkeit nur eine unvollendete und zerbrechliche Gleichberechtigung hervorgebracht hat, nur eine, wie Margery Wolf es nannte, „aufgeschobene Revolution“<sup>3</sup> zustandebringen konnte? Wie kann man diesen Umstand erklären? Liegt er allein in strukturellen Mängeln, im Fehlen materieller Ressourcen und einer unzureichenden rechtlichen Infrastruktur begründet? Oder können uns nicht auch kulturelle und diskursive Ansätze weiterhelfen? Und wenn das maoistische China Frauen doch nicht die Hälfte des Himmels zugestand, welche Zäsur bringen dann die Reformen, die das Land seit Ende der 1970er Jahre verändert haben. Wie haben sich die kontrollierte marktwirtschaftliche Liberalisierung und die begrenzte Ausweitung der öffentlichen Diskursparameter wirklich auf die Position von Frauen ausgewirkt? Haben die Reformen neue Wege der Emanzipation eröffnet oder bleibt der Staat der bestimmende Maßstab jeglicher feministischer Orientierung? Bringt die „sozialistische Marktwirtschaft“ in China Identitätskonflikte oder neue Hegemonialdiskurse?

Der Anspruch in diesem Artikel ist es, einige Eckpunkte des chinesischen Genderdiskurses heute näher zu beleuchten, um so die vielfältigen Widersprüche und diffizilen Verhandlungsmechanismen der Gleichberechtigungsfrage in China erklärbar zu machen. Der Schwerpunkt dieses Berichts liegt dabei auf Shanghai, einer Stadt, an der die gewaltigen Kontraste der chinesischen Moderne wohl besonders deutlich herauszulesen sind.

### **Die Partei: Sozialistische Arbeiterinnen und das Erbe der oktroyierten Emanzipation**

Gesellschaftliche Verhandlungen in der chinesischen Frauenpolitik sind natürlich nicht neu. In der Geschichte Chinas ist die soziale Konstruktion von Gender schon lange untrennbar verbunden gewesen mit verschiedenen politischen Großprojekten, ob soziale Stabilität, nationale Identität, staatliche Ordnung oder wirtschaftliche Modernisierung. Genderpolitik diente in der Qing Dynastie als Instrument zur Erhaltung einer neokonfuzianischen Ordnung und dessen Familienideal; sie wurde Spielball der Reformbewegungen und der konfligierenden Kräfte chinesischer Traditionen und westlicher Moderne um die Jahrhundertwende; genauso wie sie zum Aufbau des Sozialismus in der

Volksrepublik nach 1949 beitragen sollte. Genderpolitik ist ein bleibender Bestandteil in der Konstruktion von Symbolen kultureller Macht gewesen, und der Staat hat weder in der Qing Dynastie noch in der Volksrepublik Anstrengung und Ressourcen gescheut, diese Macht zu formen – wenngleich er nie wirklich im Stande gewesen ist, die Repräsentation von Gender zu monopolisieren.

Dennoch gab es nach 1949 einen entscheidenden Bruch in den Prinzipien der staatlichen Genderpolitik.

Der Staat in der späten Qing-Dynastie kam nur selten in direkten Kontakt mit Frauen. Stattdessen waren die patriarchalischen Strukturen vor allem durch die sozialen Hierarchien, insbesondere in den Familienbeziehungen verankert, in denen Frauen nur unter besonderen Umständen ein Maß an Autonomie und öffentlicher Anerkennung erreichen konnten – z.B. als Witwe. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden in China, inspiriert durch westliche Demokratiekonzepte und innerchinesische Reform- und Modernisierungsdebatten, feministische Bewegungen, die ganz wichtige Impulse und grundlegende Arbeit für die Politisierung des Feminismus sowie für die späteren Errungenschaften des chinesischen Frauenrechts leisteten (beispielsweise für Bildung und das spätere Eherecht). Viele der intellektuellen und studentischen Aktivistinnen erhofften sich durch die patriotistisch-nationalistischen Bewegungen auch eine Emanzipation der chinesischen Frauen.<sup>4</sup>

Die tiefgreifende Transformation der chinesischen Gesellschaftseliten und die Krise staatlicher Institutionen im ausgehenden 19. Jahrhundert bildete das Fundament für die Entstehung neuer Organisationen, die nicht nur mit größerer Autonomie gegenüber dem Staat agierten, sondern zum Teil auch viel demokratischer waren: Handelskammern, soziale Verbände und danach auch intellektuelle Vereine, die in der späten Qing-Zeit als eine Art Vorschule zivilgesellschaftlicher Entfaltung in China fungierten. Diese Entwicklung wurde auch durch die Einfuhr westlicher Bildungskonzepte und Technologien gefördert: Gerade Bildungsstätten, Krankenhäuser oder Wohltätigkeitsvereine, die auf den jeweiligen westlichen Modellen basierten, regten so das Wachstum moderner „privater“ Institutionen in China an, deren Häuser Anziehungspunkte für chinesische Intellektuelle wurden. Auch die erste Frauenorganisation Chinas, der Chinesische Frauenverband, gegründet 1906 von gebildeten und wohlhabenden Frauen in Beijing, fand Inspiration im Chinesischen Roten Kreuz, das 1904 als Kopie des Internationalen Roten Kreuzes entstanden war.<sup>5</sup>

Trotz der großen Zahl an Frauenrechtsorganisationen, die sich in der ersten Jahrhunderthälfte in China formieren konnten, blieben ihre Möglichkeiten zum gesamtgesellschaftlichen Wirken allerdings begrenzt. Studentinnen aus urbanen, gehobenen Familien und mit westlicher Ausbildung, und Intellektuelle aus den Ostküstenmetropolen bildeten das Rückgrad der feministischen Emanzipationsbewegungen. Der Radius des Aktivismus in der späten Qing-Ära und der frühen

Republik war zwar größer als jemals zuvor in der chinesischen Geschichte, aber er blieb dafür geographisch und sozial begrenzt. Auch die Ambivalenz der chinesischen „Zivilgesellschaft“ mit ihren vielfältigen Abhängigkeitsbeziehungen gegenüber dem Staat und ihrem unvollständigen Transformationsvermögen, zeichnete sich bereits damals als Leitlinie zivilgesellschaftlichen Handelns im modernen China ab.<sup>6</sup>

Parteilichter Frauenaktivismus begann ebenfalls frühzeitig. Anfang der 1920er Jahren engagierten sich sowohl in der Kommunistischen Partei als auch in der Guomindang Frauen energisch für Gleichberechtigung. Die Zusammenarbeit der beiden Männerparteien verhalf so auch der Frauenbewegung zu neuer gegenseitiger Unterstützung. Mit den Bürgerkriegswirren fiel diese Kooperation allerdings auseinander und die Frauen mussten sich nun andere Plattformen für ihren Aktivismus suchen.<sup>7</sup> Aus der Gruppe der Frauen, die während des Bürgerkrieges in der KP tätig waren und auch am Langen Marsch teilgenommen hatten, kamen später die führenden Figuren im All-Chinesischen Frauenverband.<sup>8</sup> Mit der Entstehung des Verbandes, der zur wichtigsten und letztlich einzigen Frauenorganisation in China nach 1949 heranwuchs, bereitete die neue Parteiregierung aber dem Vereinspluralismus und dem intellektuellen Feminismus allmählich ein Ende.<sup>9</sup>

Denn mit der Gründung der Volksrepublik nahm nun der sozialistische Staat die Verantwortung auf sich, die Überreste des „feudalen“ Erbes zu beseitigen und suchte, durch den direkten Einfluss auf Familie, Familienplanung, Arbeit und Kommune, seine feministischen Ziele umzusetzen. Damit sollten Staat und Partei die traditionellen Wertestrukturen ersetzen und Frauen aus der Privatsphäre in eine gleichberechtigte Öffentlichkeit gelangen. Allerdings war in Wirklichkeit nur der öffentliche Raum der Produktion gemeint: Während Frauen also eine bis dahin kaum vorstellbar hohe Beteiligung am Arbeitsmarkt erreichten, sah der staatlich geförderte Feminismus keine Gleichberechtigung im Raum des öffentlich-politischen Diskurses vor. Dieser war dem Parteistaat vorbehalten.<sup>10</sup>

Somit wurden chinesische Frauen zwar „emanzipiert“, aber dafür auch ein vorher unbekanntes Maß an staatlicher Kontrolle über ihr öffentliches Leben und ihren persönlichen Raum quasi institutionalisiert. Politische Aktivität und gesellschaftliches Engagement waren nur im Rahmen der staatlichen Strukturen möglich, vor allem durch die Einbindung in den All-Chinesischen Frauenverband, der sich zwar seit 1953 offiziell als „Brücke“ zwischen Partei und den chinesischen Frauen auswies, sich aber bis in die 1980er Jahre nie wirklich von seinen primären Partei(zu-)arbeit zu lösen vermochte.<sup>11</sup> Quantitative Erfolge bei der Repräsentation in politischen Ämtern, auch heute noch von der chinesischen Regierung als Maßstab für Gleichberechtigung in China aufgeführt, täuschten darüber hinweg, dass Frauen nur äußerst selten (vor allem als Politiker-Gattin) in die Chefetagen der Partei aufrückten, und in den meisten Fällen nur Verantwortung in den Sozialressorts übernehmen durften.<sup>12</sup> Die Ambivalenz des All-Chinesischen Frauenverbandes zeigte sich auch in der

Gesetzgebung. Während der Verband einerseits wichtige Lobbyarbeit für staatliche Programme zur rechtlichen und sozialen Gleichberechtigung getragen hat, ist er andererseits auch mit Eifer am prohibitiven Prostitutionsgesetz und am Gesetz zur Geburtenregelung von 1979 beteiligt gewesen. Letzteres illustriert wohl am schärfsten, wie durch die Institution eines beinahe paranoiden Kontrollnetzwerkes (Massenkampagnen, Ehe- und Geburtenerlaubnis der Arbeitsstätte, monatliche gynäkologische Pflichtuntersuchung, Zwangsverhütung und -abtreibung, Sterilisierung nach dem zweiten Kind, hohe Geldstrafen oder gar Verlust des Arbeitsplatzes bei Verweigerung) selbst der private Freiraum zur Lebensgestaltung vom Staat durchdrungen wurde.

Zur gleichen Zeit konnte sich auf diese Weise kein wirklich unabhängiger feministischer Diskurs etablieren. Denn so ein Diskurs, wie Mayfair Mei-hui Yang postuliert, sollte im maoistischen China gar nicht erst gefördert werden. Offiziell existierte gar kein Genderkonflikt; die einzigen anerkannten kollektiven Identitäten waren die der Klasse und Nation.<sup>13</sup> Da bis in die späten 1970er Jahre keine wirkliche Erforschung feministischer Themen stattfand,<sup>14</sup> auch nicht in der Wissenschaft, und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Geschlechter zum Teil nur unzureichend erkannt und teilweise ganz negiert wurden, war die staatlich administrierte Genderpolitik letztlich nur begrenzt fähig, wesentliche Fragen der verdeckten und system-internen Diskriminierung zu lösen.<sup>15</sup> Wenngleich der Staat die Darstellung traditioneller Vorurteile unterband, so war er doch auch abgeneigt, die Existenz von Genderkonflikten im "modernen" China publik zu machen. Das heißt allerdings nicht, dass kein diskriminierender Wertediskurs existierte. Das Ideal der "sozialistischen Hausfrau" zum Beispiel kam besonders dann zur Geltung, wenn wirtschaftliche Bedingungen es erforderlich machten. Um die städtische Arbeitslosigkeit Mitte der 1950er Jahre zu mildern, wurden Frauen ermutigt, wieder Hausfrau zu werden.<sup>16</sup> Wie auch die Studien von Margery Wolf aus den 1980er Jahren zeigen, war der Staat selbst ein Genderkonstrukt, der wirkliche Emanzipation höheren politischen Prioritäten, wie der Steigerung der Produktion oder dem Erhalt sozialer Stabilität auf dem Land unterordnete. Zum Doppelstandard, der Frauen ermutigte, sowohl vorbildliche sozialistische Arbeiterin als auch vorbildliche Mutter zu sein, gab es kein Korrelat in der Bereitstellung der nötigen Ressourcen. Maßnahmen zur Förderung gleicher Bezahlung, guter Wohnungsversorgung für Familien oder ausreichender Kinderbetreuung blieben mangelhaft. Auch die bleibenden Misstände auf dem Land, auf dem traditionelle Familienideale fortbestanden, blieben so kaum angetastet.<sup>17</sup>

### **Der Markt: Wegweiser und Stolpersteine weiblicher Karrieren**

Die wirtschaftlichen Reformen und sozialen Veränderungen seit den 1980er Jahren haben nicht nur neue Widersprüche in der Gesellschaft hinterlassen, sondern auch die Herausforderungen für Frauenrechtspolitik komplexer miteinander verwoben. Zumal heute mit der konfuzianisch-konservativen Tradition und dem sozialistischen Staatsfeminismus auch noch die Marktwirtschaft um die Bildung neuer Interessen und Identitäten für Frauen und Männer konkurriert. In dem Maße wie die

chinesische Gesellschaft, auch wenn der „Klassenkonflikt“ offiziell aus der Mode (und dem Vokabular) gekommen ist, sich immer heterogener gestaltet, so differenzierter erwachsen auch die Interessen und Werte der chinesischen Frauen. In der Tat ist bis heute die Repräsentation der unterschiedlichen Erwartungen und Bedingungen der Frauen, ob in der Stadt oder auf dem Land, unter Intellektuellen oder Arbeiterkreisen, oder im Beruf oder in der Familie, ein großes Problem für die Akteure der chinesischen Frauenbewegung.

Shanghai selbst gilt den meisten Chinesinnen als liberalste und attraktivste Stadt in China, um Arbeit zu finden und einen unabhängigen Lebensstil zu führen. Doch obwohl Frauen verhältnismäßig weniger in den unteren Arbeitspositionen vertreten sind, betrifft sie dafür am Eingang zu höheren Einkommens- und den Chefetagen besonders hart der Modus der Diskriminierung auf dem neu organisierten Arbeitsmarkt.<sup>18</sup> Die Gespräche und Umfragen, die die Autorin selbst mit etwa 40 jungen Frauen in Shanghai durchgeführt hat, unterstreichen, dass Gehalt, Beförderung und berufliche Anerkennung heute in der Stadt als die größten noch zu bewältigenden Stolpersteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung gesehen werden.

Einerseits haben Marktreformen und Liberalisierung neue Berufsfelder und damit neue Arbeitsmarktchancen für Frauen eröffnet. Eine Studie zu den genderspezifischen Auswirkungen des WTO-Beitritts hat zum Beispiel ergeben, dass die Liberalisierung des Handels in China, dessen wirtschaftliche Entwicklung vor allem vom Export arbeitsintensiver Produktion abhängig ist, gerade in solchen Bereichen neue Arbeitsplätze schaffen wird, in denen Frauen bevorzugt eingestellt werden. Der (unabhängig von der WTO stattfindende) Wandel zum Industrie- und Dienstleistungssektor und zu privaten Unternehmensformen wird beschleunigt werden, und neue Arbeitschancen für weibliches Personal zum Beispiel im Handel, in der Textil- und Nahrungsmittelproduktion, im Banken- und Versicherungswesen, im Tourismus und in der IT Branche eröffnen. Allein in Shanghai arbeiten heute bereits über 60% der weiblichen Arbeitskräfte im tertiären Sektor und profitieren von den strukturellen Reformen durch neue Aufstiegschancen.<sup>19</sup> Andererseits wird der Landwirtschaftssektor weiter Beschäftigte verlieren. Durch die sinkenden Importzölle, die stärkere Konkurrenz und die von der Regierung um jeden Preis vorangetriebene Urbanisierung werden immer mehr Landarbeiter in der Stadt eine neue Arbeit suchen müssen. Dies wird nicht ohne Konsequenzen für Frauen bleiben. Einmal ist nämlich durch die Abwanderung der Männer der Anteil von Frauen an der heute in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung gestiegen, innerhalb von 10 Jahren (1990 bis 2000) um fast 10%. Zweitens nimmt aber unter den ca. 150 Millionen Wanderarbeitern in China die Zahl weiblicher Migrantinnen kontinuierlich zu.<sup>20</sup> Migration in die mittleren und großen Städte kann für ländliche Frauen ein Weg zur Emanzipation darstellen, der ihnen Unabhängigkeit gewährt und durch das höhere Einkommen auch ihren Status in der noch auf dem Land lebenden Familie hebt. Doch Untersuchungen zeigen auch, dass Migrantinnen öfter als Männer in inoffiziellen und irregulären Migrationsströmen

vertreten sind, sowie äußerst segregiert in einer begrenzten Anzahl von Industrien und Gewerben tätig werden. Ihre kollektive Ausbeutung wird zudem von der Tatsache gefördert, dass sie in der Regel jünger, mobiler und eher unverheiratet auf den urbanen Arbeitsmarkt drängen. In Shanghai verdienen weibliche Migranten so nur etwa 70% der Löhne ihrer männlichen Kollegen und nur 66% der Einkommen städtischer Arbeiterinnen, unabhängig von Faktoren wie Bildung und Qualifikation.<sup>21</sup>

Zudem bleiben staatliche Mechanismen der sozialen Kontrolle und sozioökonomischen Segregierung erhalten, die auch Frauen betreffen: Selbst wenn die Mobilität für ländliche Arbeiter mit den Reformen entscheidend erleichtert wurden, bringt das Recht, in der Stadt zu wohnen und zu arbeiten, nicht mehr automatisch auch das Recht auf soziale Absicherung. Die 4 Millionen Migranten in Shanghai, die ganz fundamental zum Wohlstand der Metropole beitragen, leben oft mit nur einer temporären Aufenthaltserlaubnis, ohne Hukou, und damit ohne Anspruch auf Sozialleistungen. Auch wenn die Stadt Mindestlöhne verfügt und kürzlich erhöht hat und Arbeitgeber dazu drängt, Migrantenarbeitern Zugang zu Gewerkschaften zu gewähren, sind diese Maßnahmen eher symbolischer als praktischer Natur. Trotz vieler kritischer Stimmen, die entweder den ökonomischen Schaden des streng kontrollierten Bevölkerungszuzuges herausstellen oder moral-ethische Bedenken gegen die „unvollständige Staatsbürgerschaft“ anführen, ist das seit jeher undurchsichtige Hukou System nur halbherzig reformiert worden.<sup>22</sup> Urbaner Status, der in China seit der Einführung des Hukou Systems nicht nur soziale Kontrolle für den Staat sondern auch Zugang zu sozialen Privilegien gesichert hat, ist nach den Reformen zumindest noch in den begehrten Großstädten wie Shanghai an den „Marktwert“ des Einzelnen gekoppelt, sei es an seine Bildungsqualifikationen oder sein Kapital. Nachwievor sind bestimmte Arbeitssektoren für Migranten gesperrt (auch wenn diese Barrieren aus rechtlichen Gründen nicht mehr öffentlich bekanntgegeben werden) und gerade private Unternehmen zeigen sich, durch Steuer- und Quotenregelungen gelenkt, oft unwillig, sich erst um einen Hukou für die von außerhalb kommenden Arbeitskräfte zu bewerben. Daneben arbeiten auch die direkten Arbeitsmarktinterventionen der Stadtregierung zum Vorteil der städtischen Einwohner: Im letzten Jahrzehnt haben nämlich ungefähr 40% der Stadtbevölkerung mit Hilfe staatlicher Arbeitsvermittlung eine neue Arbeit gefunden.<sup>23</sup> Viele Migranten aber verzichten auch „freiwillig“ auf formale Arbeitsverträge und Sozialversicherung, weil sie auf Arbeit und auf höhere Löhne als in ihrem Herkunftsort angewiesen sind, und auf die langfristige Möglichkeit einer Stadtbürgerschaft hoffen.

Diskriminierung und soziale Differenzierung funktionieren aber nicht nur durch ökonomische und politisch-administrative Interessen; sie sind auch gekoppelt an kulturelle Identitätsdiskurse: Migrantinnen aus den armen, ländlichen Regionen, die in den Großstädten die Lücken des Arbeitsbedarfs schließen, tragen auch zur Legitimierung des offiziellen Modernisierungsprojektes in China bei, indem sie durch ihre Repräsentation, zum Beispiel in den Medien, die alt bekannten Disparitäten von Moderne/Tradition, Stadt/Land, arm/reich, und zivilisiert/rückständig verkörpern.<sup>24</sup>

Doch die Probleme genderspezifischer Diskriminierung und sozialer Segregierung betreffen nicht ausschließlich die unteren Einkommens- und sozialen Schichten. Trotz der neuen Erwerbs- und Karrieremöglichkeiten sind Frauen unverhältnismäßig hoch von der „verdeckten“ Arbeitslosigkeit nach dem Universitätsabschluss und nach der „Entlassung“ aus den von massivem Stellenabbau betroffenen alten Staatsbetrieben vertreten, sowie in der wachsenden Zahl irregulärer und zeitweiliger Beschäftigungsverhältnisse. Frauen sind proportional stärker im privaten Sektor als im staatlichen angestellt. Doch gerade in privaten Betrieben und Unternehmen sind die Bedingungen sozialer Absicherung besonders prekär. Gerade sehr junge und ältere Frauen stehen vor dem Problem, sich in den Arbeitsmarkt zu (re-)integrieren, und sind öfter als Männer von Teilzeit- und flexiblen Arbeitsverhältnissen betroffen oder müssen Jobs annehmen, die unter ihren Qualifikationen liegen. Denn die Industrien, die feminisiert werden, bringen zwar neue Jobangebote für Frauen, sind aber in der Regel auch die Industrien mit einem vergleichsweise niedrigeren Lohnniveau.<sup>25</sup> Allein im Textil- und Bekleidungssektor, in denen jeweils bereits zwei Drittel der Arbeiter Frauen sind, liegen momentan trotz der enorm niedrigen Lohnkosten mit Abstand die größten Wachstumsraten für Beschäftigung: über 10%.<sup>26</sup>

Der Shanghaier Frauenverband hat kürzlich eine Jobmesse in der Stadt organisiert, auf der 5.000 junge Frauen um 1.200 angebotene Stellen konkurrierten. Die meisten der Jobs waren an geringe Qualifikationen und niedrige Gehälter (80 bis 300 Euro pro Monat) geknüpft, und die Bewerberinnen wurden von den Verbandsfunktionären ernsthaft ermahnt, ihre Erwartungen zurückzuschrauben, wenn sie Erfolg bei der Auswahl haben wollten.<sup>27</sup> Für chinesische Frauen zwischen 16 und 29 Jahren lag im Jahr 2005 in Shanghai die Arbeitslosenrate nach einer Umfrage bei 15.7% (2004: 14%) – während die meisten der Betroffenen über keine Hochschulbildung verfügen, sind nun immer mehr Graduierte darunter.<sup>28</sup> Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn man bedenkt, dass letztes Jahr fast 1 Million der 3.38 Millionen Absolventen (in Gesamtchina) nach dem Abschluss keine Arbeit gefunden haben.<sup>29</sup> Obwohl Frauen in China für westliche Verhältnisse ganz unverblümt im Einstellungsverfahren diskriminiert werden, meistens aufgrund der zusätzlichen Sozialleistungen, die der Arbeitgeber befürchtet, hat eine große Studie der Internet-Arbeitsagentur *zhaopin.com* in Shanghai nun herausgefunden, dass 63% der 4.000 befragten weiblichen Angestellten eigentlich überhaupt keine Vergünstigungen erhielten, und selbst aus den gesetzlich vorgeschriebenen mageren drei Monaten Mutterschaftsurlaub frühzeitig zur Arbeit zurückkehren mussten.<sup>30</sup>

Am oberen Ende der Einkommens- und Arbeitsplätze besteht Diskriminierung fort: Daten zeigen, dass Frauen in diesen Gruppen höhere Bildungsqualifikationen aufweisen als ihre männlichen Kollegen, was andeutet, dass die Einstellungsanforderungen dort für Frauen höher liegen als für Männer.<sup>31</sup> Gleichzeitig liegen die Einkommen von Frauen in technischen und gehobenen Positionen 57.9% bzw.

68.3% unter dem männlichen Durchschnitt.<sup>32</sup> Auch eine offizielle Studie vom Jahr 2002, die 40 wissenschaftliche Forschungsinstitute in Shanghai erfasste, fand heraus, dass nur 15% der dort arbeitenden Frauen gehobene Positionen einnahmen. Über 80% waren in den letzten fünf Jahren nicht befördert wurden.<sup>33</sup>

Allgemein lässt sich sagen, dass die wirtschaftliche Entwicklung Chinas seit 1978 bis heute nicht zu einer Angleichung von Lebensstandards und einer gerechteren Verteilung von Wohlstand und Chancen geführt hat. Während die allgemeine Einkommensungleichheit im Land von 1978 bis 1983 fast halbiert werden konnte, liegt sie seit 2001 wieder höher als zu Beginn der Reformen. Die WTO-Mitgliedschaft Chinas wird diese Differenzierung der Einkommens- und Ausbildungsniveaus weiter vertiefen, weil sie sowohl Nachfrage im Niedriglohnsektor als auch in Branchen mit höheren Qualifikationsanforderungen schaffen wird.<sup>34</sup> Die Auswirkungen der Reformen auf die Position der chinesischen Frauen müssen deshalb ähnlich differenziert betrachtet werden. Urbane Frauen mit guter Ausbildung und einem Großstadt-Hukou haben natürlich tausendmal bessere Chancen auf eine anständig entlohnte Tätigkeit in einer inspirierenden Umgebung als ihre ungebildeten Schwestern vom Land. Doch auch die Städterinnen müssen erkennen, dass Faktoren wie Geschlecht, Alter, Schönheit sowie die Bereitschaft, unterbezahlt und überqualifiziert zu sein, entscheidend für ihre Arbeitssuche werden können. Nach der (offiziellen) Negierung der Weiblichkeit in den Mao-Jahren sind die Attribute der „Moderne“ für chinesische Frauen nun jung, schön und feminin, sie sind häuslich und mütterlich, aber gleichzeitig vorzeigbar sexy und konsumfreudig. Nach diesen Regeln funktioniert die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Gerade im „liberalen“ Shanghai sind viele Frauen interessanterweise aber selbst auch bereit, so eine Schablone willig mit sich herumzutragen und den neuen „femininen“ Lebensstil zu zelebrieren. Die traditionelle Rolle der chinesischen Frau hat sich zwar neu formiert, ist aber nicht verschwunden; sie konnte sich glaubwürdig mit der Marktwirtschaft arrangieren.

Doch tangieren nicht auch Staatsinteressen mit dem Markt in der Produktion von Genderdiskursen? Neben dem Hukou-System bestehen weitere politische Hürden. Weil viele zentrale Regelungen zur Arbeitsvermittlung, Mindestlohn, Gewerkschaftsrecht, Arbeitssicherheit oder Sozialleistungen auf Provinzebene implementiert werden müssen, bleiben sie auch abhängig von den wirtschaftspolitischen Prioritäten und dem finanziellen Spielraum der jeweiligen Provinzregierung, die nicht unbedingt Interesse hat, ihre Sozialausgaben oder die der Unternehmen zu erhöhen.<sup>35</sup> Auch der Gesetzesrahmen gegen Geschlechterdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt kommt sehr spät. Seit 1994 spezifiziert das Arbeitsgesetz die Rechte der Frauen am Arbeitsplatz, aber ohne ein effektives Rechtssystem in China können die Vorschriften kaum umgesetzt, dafür aber umso leichter umgangen werden. Erst mit dem im Jahr 2005 revidierten Frauenrechtsgesetz soll Frauen nun besserer Schutz gegen Diskriminierung in der Ausbildung, bei Einstellungsverfahren und Beförderung als auch beim Anspruch auf

Sozialleistungen gewährt werden. Zurzeit läuft auch eine Gesetzesinitiative zur Erweiterung des Antidiskriminierungsverbots im Arbeitsrecht. Gleichzeitig besteht immer noch ein besonders eklatanter Fall diskriminierender Gesetzgebung: die gesetzliche Regelung zum Rentenalter. Nachwievor gehen Frauen als Arbeiterinnen und Angestellte mit 50 bzw. 55 Jahren in Rente, Männer dagegen mit 60. Nur bei Frauen in höheren Positionen ist das Rentenalter angeglichen. Viele Unternehmen drängen Frauen förmlich, früher in Rente zu gehen,<sup>36</sup> mit entsprechenden Folgen für die Rentenansprüche.

Staatlich sanktionierte Diskriminierung setzt sich im Bildungssektor fort. Obwohl die Regierung in ihrem Weißpapier stolz den wachsenden Prozentsatz weiblicher Hochschulstudenten präsentiert, sinkt der Anteil je höher das akademische Niveau. Wenn man den offiziellen Angaben Glauben schenken darf, so dürfte der Anteil weiblicher Studenten im BA Studium 45,7%, in MA Kursen 44,2% und in Promotionsprogrammen nur 31,4% ausmachen.<sup>37</sup> Untersuchungen haben ergeben, dass weibliche Studenten in China im Durchschnitt bessere Prüfungsergebnisse als ihre männlichen Kommilitonen abliefern. Um aber eine „gerechte“ Geschlechterverteilung in den Bildungseinrichtungen zu garantieren, sind die Prüfungsanforderungen für männliche Bewerber oft viel niedriger angesetzt als die für weibliche.<sup>38</sup>

### **Tradition: Zwischen Konfuzius und Einzelkind**

Gleichzeitig hat die Einkindpolitik, die sich in Shanghai wegen der hohen Erziehungs- und Ausbildungskosten besonders erfolgreich durchgesetzt hat (jene im Privatsektor mit hohem Einkommen und den notwendigen Beziehungen können das Kind unregistriert ins Ausland zur Welt bringen oder die Strafbüße von drei Jahresgehältern beider Partner zahlen), den Druck auf Frauen seitens der Familie erhöht, sich selbst auch zu Ungunsten ihrer Karriere zuallererst um das Wohl des kostbaren Nachwuchses zu kümmern. Großeltern und Schwiegereltern raten schwangeren Frauen, sich bei der Arbeit tunlichst nicht zu überanstrengen, und sich nach der Geburt dem Einzelkind als gute Mutter, Hausfrau und Tutorin zu widmen.<sup>39</sup> Das scheint ironisch, weil es doch zeigt, dass trotz der energischen Emanzipationsrhetorik der Partei, Familientradition engmaschig in den modernen Genderdiskurs Chinas hineingewoben bleibt.

Der Trend zur Kleinfamilie, in der nicht mehr wie früher mehrere Generationen unter einem Dach wohnen, hat die chinesische Familie durchaus moderner gemacht, indem Frauen Autonomie und Verhandlungsstärke in Ehe- und Familienangelegenheiten gewinnen. Auch wenn die Einkindpolitik auf dem Land zu hohen Abtreibungsraten bei weiblichen Föten geführt hat, ist Shanghai eine Stadt, in der gerade auch Mädchen kleine Kaiserinnen werden können. Obwohl Eltern nachwievor besonders stolz auf einen Sohn sind, der nach Tradition die Familienlinie fortführt, wünschen sich gerade hier viele eine Tochter in der Hoffnung, dass sie eher bereit sei, für die Eltern zu sorgen. Die

Einkindpolitik sollte die chinesische Familie revolutionieren; sie hat aber selbst in den Städten dazu beigetragen, konservative Traditionen neu verpackt weiterzuführen, sodass Eltern heute bis zu 50% ihres Einkommens allein für ihr Kind aufwenden, das dann nicht nur bis zur Hochzeit bei den Eltern wohnen bleiben muss, sondern auch trotz finanzieller Unabhängigkeit mit allen materiellen Lebensgütern weiterhin versorgt wird. Eltern erwarten von ihren Sprösslingen, dass sie fleißig lernen, ihren Rat achten, sich um sie sorgen und nicht ohne ihren Segen heiraten. Diese Erwartungen sind allerdings mehr als verklärtes Wunschdenken. Denn wer hier entgegen den Interessen der Familie handelt, riskiert einen für immer währenden Bruch mit dem Elternhaus. Für fast alle der 20 bis 30 Jahre alten, also „heiratsfähigen“ Chinesinnen, mit denen die Autorin selbst über das Thema gesprochen habe, gilt das Wort der Eltern oder Großeltern nur noch als Referenz (*cankao*) für ihre Entscheidung. Doch der Familie letztlich zu widersprechen, ob in Partner- und Berufswahl oder in der Lebensplanung, und ohne einvernehmliche Lösung auseinander zugehen, ist eine moralisch sehr schwerwiegende Entscheidung.

Gerade die Ehe ist nachwievor eine zentrale Institution der chinesischen Gesellschaft, die nicht nur zwei Menschen verbinden sondern auch zwei Familien vereinen soll. Auch wenn Frauen heute ähnlich wie in Deutschland immer später in die Ehe gehen (und das vom Staat im Sinne der Einkindpolitik gefördert wird), so erwarten Eltern, dass die Tochter spätestens mit 30 Jahren verheiratet ist. Findet die Frau keinen passenden Partner, fängt die Verwandtschaft selbst an, zu verkuppeln und potenzielle Kandidaten vorzustellen. Ehe ist immer noch gesellschaftlicher Aufstieg, Fürsorge für die Frau und Verantwortung gegenüber den Schwiegereltern, nicht in erster Linie der Ausdruck einer Liebesbeziehung zwischen zwei Menschen. Obgleich die Chinesen heute frei wählen dürfen, wen sie heiraten (das wurde 1980 ausdrücklich im Ehegesetz auch rechtlich festgeschrieben), so ist der Druck oft empfindlich, den besorgte Eltern ausüben, um eine gute Partie für die Tochter (oder den Sohn) zu sichern.

Auch der Staat hat trotz seiner Emanzipationsrhetorik in Wirklichkeit nur sehr einseitig zu einer Liberalisierung der Sexualität in China beigetragen. So bleibt Sex vor der Ehe ein Tabu (nicht zuletzt als Mittel der Geburtenkontrolle), an dem von staatlicher Seite, natürlich erfolglos, durch mangelhafte Aufklärung an den Schulen und rigide Geschlechtertrennung selbst an den Universitäten festzuhalten gesucht wird. Erst im Jahr 2003 wurde die obligatorische ärztliche Untersuchung vor der Eheschließung zur Feststellung der Jungfräulichkeit abgeschafft. Vielleicht ist es in der Tat auch ein Erbe des Staatsfeminismus seit 1949, dass China heute das Paradox eines Schwellenlandes aufweist, in dem eine überdurchschnittlich große Zahl an hochqualifizierten, unabhängigen Frauen mit konservativen Familienwerten erzogen werden. Die lange Zeit „oktroyierte“ Emanzipationspolitik des maoistischen Chinas hat unterliegende, traditionelle Wertesysteme scheinbar nur bedingt reformiert,

sodass nun konservative Erwartungen, auch von den Frauen selbst, mit modernen, liberalen Frauenbildern konkurrieren.

Andererseits fällt das Ideal einer harmonischen Ehe selbst in China durch den Wandel der Zeiten auseinander. Seit 1979 hat sich die Scheidungsrate um ein Fünffaches erhöht und das vereinfachte zivile Scheidungsverfahren seit 2003, wodurch Paare nun beispielsweise nicht mehr erst die Zustimmung der Arbeitgeber erhalten müssen, hat wohl auch dazu beigetragen, dass allein 2004 1,6 Millionen Paare ihre Ehe beendet haben, 21% mehr als im Jahr 2003.<sup>40</sup> Angeblich liegt die Quote noch über den Scheidungsraten in Japan und Korea. Ob diese Zahlen nun stimmen oder nicht, ist aufgrund der miserablen Statistiken in China schwer nachzuvollziehen. Die Medien wurden jedenfalls im Namen chinesischer Wissenschaftler gescholten, keine unverifizierten Zahlen in die Welt zu setzen, die moralische Implikationen für die ganze Gesellschaft hätten.<sup>41</sup> Neben Geld und beruflichen Belastungen gelten nämlich zunehmend, gerade für junge Menschen, auch ein schlechtes Sexleben und Untreue als Hauptgründe für Scheidungswünsche. Doch das soziale Stigma einer gescheiterten Ehe, das insbesondere Frauen anhaftet, bleibt trotzdem bestehen.

Obwohl die Geburtenregelung den staatlichen Eingriff in die Familie quasi institutionalisiert und gesetzlich verankert hat, so hat der Staat also andererseits nur sehr widerwillig die Souveränität der Familie in den Geschlechterbeziehungen herausgefordert.

Die Bemühungen um besseren Rechtsschutz in der „Privatsphäre“ begannen mit dem Ehegesetz (1980), das wichtige Grundsätze wie die freie Wahl des Ehepartners und die rechtlichen Verfahren im Scheidungsfall formuliert hat, und dem Gesetz zum Schutz der Frauenrechte (1992), womit ein, wie eingangs bereits erwähnt, übergreifendes Gesetz zum Schutz gegen Diskriminierung auch in Bereichen wie Familie entstehen sollte und zudem alle gesellschaftlichen Akteure zur aktiven Gleichberechtigung verpflichtet wurden. Das Ehegesetz hat erst 2001 konkretere Bestimmungen erfahren: Gleichberechtigung in der Ehe wird gesetzlich untermauert; Gewalt und moralische Schädigung in der Ehe haben strengere rechtliche Folgen. Auch wichtige Fragen der Gütertrennung und des finanziellen Ausgleichs im Scheidungsfall sind darin gelöst worden. Viele dieser Bestimmungen, auch wenn sie immer noch oft viel zu allgemein formuliert sind, sollen vor allem die rechtliche Position von Frauen verbessern. So wird zum Beispiel auch der Anspruch auf Unterhaltszahlung geregelt und das Recht auf finanzielle Entschädigung für diejenige Person, die einen größeren Beitrag zur Kindererziehung, Hausarbeit und Fürsorge für ältere Familienangehörige geleistet hat.

Die Debatte um Gewalt in Ehe und Familie veranschaulicht vielleicht besonders einprägsam, welche Hürden zu meistern sind, um einen effektiven Gesetzesrahmen zum Schutz persönlicher Rechte in der

Privatssphäre zu sichern – gerade weil solche Formen der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen immer noch unter dem Deckmantel des Privaten stehen und von vielen Beratungsstellen, Polizei- und Justizbehörden als „Familienangelegenheit“ betrachtet werden, die statt konsequenter Ahndung Kompromiss und Versöhnung erfordert, um die soziale Institution Familie zu schützen. Eine Erhebung des All-Chinesischen Frauenverbandes aus dem Jahr 2004 konstatiert, dass in China ein Drittel (!) der 270 Millionen verheirateten Frauen Gewalt in der Ehe erfahren haben.<sup>42</sup> Besonders auf dem Land ist Missbrauch in der Familie bzw. Ehe erschreckend weit verbreitet.

Obwohl Umfragen zeigen, dass eheliche Gewalt zumindest in den Großstädten ein selteneres Phänomen wird,<sup>43</sup> ist die Zahl der Beschwerden gegen eheliche Gewalt oder sexuelle Belästigung in den letzten Jahren drastisch angestiegen. Dabei ist aber nicht ersichtlich, ob das nun Beweis dafür ist, dass diese Fälle häufiger auftreten oder dass einfach nur die rechtlichen Kanäle und das Bewusstsein für Klage- und Beschwerdemöglichkeiten zunehmen.

Die treibende Kraft hinter einer besseren Gewaltschutzpolitik kam aus den Reihen der Wissenschaftler und Aktivisten des chinesischen Frauenverbandes und der neu gebildeten NGOs.<sup>44</sup> Das erste offizielle Dokument seitens der Regierung zum Thema erschien erst 1995, als die Regierung anlässlich der 4. UN Frauenkonferenz in Beijing die „Entwicklungsrichtlinien für chinesische Frauen 1995-2000“ vorstellte. Unter den elf Zielen für die „Entwicklung“ von Frauen in China befand sich auch der rechtliche Schutz für einen gleichen Status für Frauen im häuslichen Umfeld, und damit ein erster Verweis auf die staatliche Position zur Problematik der häuslichen Gewalt. Danach folgte die Umsetzung zuerst schrittweise, und mehr oder weniger konkret, auf Provinz- und Lokalebene (beginnend 1996 nach einem schockierenden Fall mit Todesfolge in Changsha in der Provinz Hunan). Ein nationales Gesetz wie das deutsche Gewaltschutzgesetz von 2002 zum Beispiel, das in das Zivilrecht inkorporiert wurde und die wichtige Frage des Wohnungsrechts für die geschädigte Partei regelt, gibt es noch nicht. Dafür finden sich Verbote häuslicher Gewalt verstreut in verschiedenen Gesetzestexten. Das revidierte Ehegesetz von 2001 enthält das Verbot häuslicher Gewalt und seine rechtlichen Folgen: Gewalt in der Ehe gilt explizit als Scheidungsgrund und verankert das Recht auf Schadensersatzanspruch im Falle einer Scheidung. Das Gesetz beinhaltet aber keine konkrete Definition dieser Form von Gewalt. Diese wurde erst danach durch eine gerichtliche Interpretation des Gesetzes erbracht. Das Frauenrechtsgesetz von 1992 erwähnt nur allgemein das Verbot schwerwiegender Gewalt gegen Frauen aber enthält weder eine Definition noch konkrete Bestimmungen darüber, welche Institutionen für die Durchsetzung des Gesetzes nun zuständig sind. Die Gesetzesvorlage zur Revision des Gesetzes, der der Volkskongress im August 2005 endlich zugestimmt hat, hat die Zuständigkeiten und rechtlichen Verfahren zumindest konkreter formuliert, und verpflichtet Polizei, Behörden, juristische Instanzen sowie NGOs und andere soziale Organisationen zur aktiven Prävention ehelicher Gewalt.

Doch die Ursachen für die mangelnde normative Wirksamkeit der bestehenden Gesetze liegen nicht nur im Gesetzestext, der sich oft zu unspezifisch ausdrückt und vieldeutig windet. Die schwierige Implementierung von Frauenrechtsgesetzen ist Spiegelbild der allgemeinen Probleme, die die Reform des chinesischen Rechtssystems zu meistern hat. So wie westliche Rechtsprinzipien sehr neue Konzepte in China sind, so entzieht sich auch beim Frauenrecht nicht die Herausforderung, anwendbare Gesetze zu gestalten und ihre praktische Durchsetzung zu gewährleisten. Was fehlt, sind oft Informationen und genaue Kenntnisse des Gesetzgebers darüber, wo Gesetzeslücken bestehen und wie sie am effektivsten geschlossen werden können. Gerade im Frauenrecht hat sich besonders ungünstig ausgewirkt, dass die wissenschaftliche Erforschung sozialer Wirklichkeiten bis in die 1980er Jahre überhaupt nicht gefördert wurde und erst in den letzten Jahren ernsthaft begonnen wurde, empirische Studien, statistische Erhebungen und theoretische Grundlagen zur Situation chinesischer Frauen zu schaffen.<sup>45</sup> Obgleich die Regierung öffentliche Meinung und wissenschaftliche Diskussion zunehmend in den nationalen und regionalen Legislativprozess einfließen lassen möchte, bleibt dieser Partizipationskanal beschränkt und Informationen gehen nur halb oder zu spät in die Gesetzentwürfe ein. Zweitens hat die zunehmend moralisch-zivilisatorisch gefärbte Rhetorik seitens der Partei (verbunden mit den staatssozialistischen Ansprüchen) auch in den Gesetzen ihre Spuren hinterlassen. Denn damit ist die schwierige Balance zwischen den liberalen Freiheitsrechten des Einzelnen und seiner gesellschaftspolitischen Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit auch bei der Ausgestaltung der Gesetze in normative Widersprüche getreten und hat die Wirksamkeit der Gesetze geschwächt. Aber selbst sinnvoll formulierte Gesetze nützen wenig, wenn die ausführenden Organe und Behörden nicht über die notwendige Ausbildung bzw. die nötige Sensibilität verfügen, um das Gesetz, beispielsweise in Scheidungsfällen oder bei ehelicher Gewalt umzusetzen. Und schließlich bedeutet die fehlende Rechtstradition in der chinesischen Gesellschaft auch, dass die Regierung unzureichend über Gesetze und Gesetzesreformen informiert: Viele Betroffene sind sich deshalb nur unzulänglich ihrer rechtlichen Möglichkeiten bewusst und klagen diese nicht unbedingt ein.

### **Moderne: Die Emanzipation des chinesischen Feminismus**

Gerade NGOs, von denen sich in China viele im Bereich des Frauenrechts auf die Thematik Gewalt und Missbrauch in der Ehe spezialisiert haben, füllen zunehmend diese Lücke der Informations- und Beratungsleistung. Trotz der Ambivalenz und großen Abneigung der Regierung gegenüber den neuen zivilgesellschaftlichen Organisationen außerhalb der parteizugehörigen Verbände, sollen NGOs in China nach offizieller Darstellung das „Management“ der sich immer differenzierter entwickelten Gesellschaft unterstützen, in dem sie dem Staat helfen, Stabilität zu fördern, soziale Leistungen zu erbringen und Gesetze verständlich zu machen, wo er selbst diese Aufgabe nur noch bedingt erfüllen kann oder will. Bedeutet dies also, dass die Reformprozesse und die wirtschaftliche Liberalisierung in China neue Gestaltungsräume für die chinesische Frauenrechtsbewegung eröffnet haben? Wird nun

auch eine feministische Debatte möglich, die sich erstens kritisch mit dem offiziell propagierten Frauenideal auseinandersetzt und zweitens gerade dort eigene Konzepte einbringt, wo der Staat nur unbefriedigende Ansätze bietet? Können die alten und neuen Herausforderungen für Frauen in China nun auch auf anderen Plattformen zur Sprache kommen, auf denen die Pluralität der Interessen und Probleme neu artikuliert werden?

Wie bereits erwähnt, konnten sich bis in die 1980er Jahre Genderstudien als eigene Disziplin bzw. theoretisches Forschungsfeld überhaupt nicht etablieren. Erst mit der Reformpolitik und der allmählichen Öffnung des Landes gelangten westliche Konzepte zum Feminismus auch nach China und chinesische Forschung zum Thema wurde ermöglicht.<sup>46</sup> Die Arbeiten wurden vor allem unter der Führung des Frauenverbandes initiiert, wobei sich die Schwerpunkte anfänglich auf Ehe, Familie und Geburtenregelung beschränkten: Wie eingangs aufgeführt, war der Frauenverband wichtiger Helfer bei der Geburt des Gesetzes zur Einkindpolitik; andererseits stand er aber auch maßgeblich hinter dem neuen Ehegesetz von 1980, das als eines der ersten chinesischen Gesetze im Rahmen der Reformen revidiert wurde. 1981 gründete der Frauenverband die erste wissenschaftliche Vereinigung zur Ehe- und Familienforschung. Doch mit den Wirtschaftsreformen entstanden auch neue Herausforderungen und damit neue Arbeitsfelder für die chinesische Frauenbewegung, die sich nun zusehends mit den genderspezifischen Fragen des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik beschäftigten musste, wie zum Beispiel durch Forschungsprojekte zur sozialen Sicherheit für Frauen (seit 1988) oder zur Situation ländlicher Frauen (seit 1990). Viele Projekte heute kümmern sich um die Umschulung und Ausbildung arbeitsloser Frauen. Obgleich der All-Chinesische Frauenverband nachwievor eine Parteiorganisation ist, so gibt es offensichtlich auch innerhalb des Verbandes eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Aufgabe als wichtigster Repräsentant der chinesischen Frauen. Die Ambivalenz der parteistaatlichen Vertretung und des sozialkritischen Inputs setzt sich fort, und insbesondere auf der lokalen Ebene ist eine größere Unabhängigkeit zu verzeichnen.<sup>47</sup> Dieser Trend wird ermutigt auch durch die neuen Organisationsstrukturen: Nachdem die Regierung ihre Zuschüsse drastisch gekürzt hat, ist der Verband auf neue Sponsoren und Einkommen aus eigenen Unternehmen angewiesen und hat so vorsichtig neue programmatische Freiheiten gewonnen. Der Generationswechsel in der Verbandsleitung hat ebenso dazu beigetragen: Die Ehefrauen hoher Parteikader sind seit den 1980er Jahren vermehrt von jüngeren Parteigenossinnen mit besserer Ausbildung und Mut zu neuen Perspektiven abgelöst wurden. Mit den 1990er Jahren sind darüber hinaus viele der neu gegründeten NGOs dem Frauenverband beigetreten, um selbst von der politischen Autorität und dem sicheren NGO-Status des Verbandes zu profitieren. Auch sie haben neue Ideen mitgebracht.<sup>48</sup>

Ein regierungsunabhängiger Feminismuskurs bleibt allerdings ein problematisches Konstrukt in China. Aufgrund der ideologischen und politischen Kontrolle sind NGOs und universitäre Forschungszentren weitgehend von der finanziellen und/oder institutionellen Unterstützung des

Staates abhängig, auch im Bereich des Medienzugangs. Doch auch die Akteure selbst stehen vor der Herausforderung, ein Feld zu etablieren, das sich in China lange Zeit gar nicht entwickeln konnte. Als Pionierin der chinesischen Genderforschung gilt die ehemalige Literaturwissenschaftlerin Li Xiaojiang. Bereits 1987, als sie im Zuge der Öffnung das erste chinesische Zentrum für Frauenstudien der Zhengzhou Universität etablierte, musste sie erkennen, wie schwierig es war, die notwendige Begeisterung und Relevanz für eine eigenständige Disziplin zu schaffen. Die kleine, isolierte Gemeinde der Frauenforscher in China forschte überwiegend für sich selbst.<sup>49</sup> Darüberhinaus fand erst langsam die Rehabilitierung der Soziologie in China statt, die seit den 1980er Jahren nun aufgerufen war, am nationalen Modernisierungsprojekt mitzuarbeiten. Doch mit der Priorität des Wirtschaftswachstums in China kehrten viele fähige Wissenschaftler aus Gründen des niedrigen Prestiges und der finanziellen Situation für Akademiker der Universität den Rücken und suchten nach Karrieren in der Wirtschaft. Auch heute gelten sozialwissenschaftliche Studienfächer für die meisten chinesischen Studenten als brotlos, langweilig, realitätsfern und dogmatisch. Eine Sichtweise, die offiziell mitgetragen wird von der propagierten Priorität der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung des Entwicklungslandes China, die in ihrer Logik vorerst keinen Raum lässt für (sozial)politische Diskussion und auch davon getrennt werden soll. Von Abschlüssen in „praktischen“ Fächern wie internationale Finanzwirtschaft, Wirtschaftsrecht oder Business-Englisch soll sich die zukünftige Elite Chinas dagegen gesellschaftlichen Status und materielle Sicherheit versprechen. Kaum jemand kann sich also für Kurse zur Genderproblematik begeistern.

Li Xiaojiang und ihre Kollegen sehen sich so vor die Aufgabe gestellt, Genderstudies gesellschaftspolitisch relevant zu machen aber auch eigene Beiträge zu leisten, um sich von der staatlichen Orthodoxie und der Unterordnung des Genderkonzepts unter den Klassenkampf genauso wie von den „importierten“ Konzepten des „westlichen“ Feminismus zu emanzipieren, ohne selbst Gefahr zu laufen, in essentielle Identitätsdiskurse (Sind Familie und Nationalismus zum Beispiel zentrale Werte des „ostasiatischen Feminismus“?) zu verfallen. Auch das im Jahr 2000 von Li Xiaojing etablierte Zentrum für Genderstudien an der Universität Dalian, das als erstes in China interdisziplinär ausgerichtet wurde, hatte insbesondere am Anfang mit großen Vorurteilen und Desinteresse aber auch eigener wissenschaftlicher Unklarheit zu kämpfen. Aus dem Grund hat das Zentrum zum Beispiel große Anstrengungen unternommen, die wissenschaftliche Arbeit mit mehr ländlicher Feldforschung, kommunalen Bildungsprogrammen und internationalem Austausch zu verbinden.<sup>50</sup> Gleichzeitig bringen solche Genderstudienzentren den Forschern neue akademische Freiheiten, weil sie ihre Forschungsprojekte durch den NGO-Status der Zentren nicht von den Universitäten abhängig machen müssen, sowie mehr Möglichkeiten haben, ausländische Sponsoren zu finden.<sup>51</sup>

Die 4. UN-Frauenkonferenz von 1995 in Beijing war richtungsweisend für die chinesische Frauenbewegung. Bereits im Vorfeld brachte sie ungeheure Impulse für NGOs und Wissenschaftler, die sich mit Gender und Feminismus beschäftigen wollten. Die Konferenzvorbereitung ermutigte internationale Diskussionsrunden, förderte einheimische Studien und Veröffentlichungen, und legitimierte somit einen neuen Pluralismus an Gender-Aktivismus in China. Die Schwerpunkte chinesischer NGO-Arbeit in diesem Bereich liegen heute vor allem bei ehelicher Gewalt, weiblicher Migration und der Entwicklungshilfe in ländlichen Regionen durch die Organisation von Kreditvergaben und Ausbildungsprogrammen. Doch genau wie bei Universitäten und Forschungsinstituten bleibt auch zwischen dem Staat und NGOs ein gewaltiges Maß an Ungewissheit in der Grauzone zwischen Gleichgültigkeit und Repressionspolitik. Ähnlich wie Umweltorganisationen sind Frauenrechts-NGOs relativ neu in der entstehenden chinesischen Zivilgesellschaft und besonders kontrovers. Nicht zuletzt, wie Qiusha Ma hervorhebt, weil sie ihre Aufmerksamkeit vorwiegend auf soziale Gruppen richten, die in China vom Staat vernachlässigt und von der Gesellschaft marginalisiert werden: allein erziehende Mütter, missbrauchte Ehefrauen, ungebildete Wanderarbeiterinnen vom Land oder Prostituierte. Die Dienstleistungen der NGOs sind in vielen Fällen die einzigen, die in solcher Form überhaupt angeboten werden. Weil effektive Strukturen zur Lösung der Probleme bislang grundlegend fehlen, sind die NGOs unmittelbar auf die Mithilfe der Regierung angewiesen, die ihrerseits Unterstützung aber nicht aufbringen möchte.<sup>52</sup>

Das Thema Zivilgesellschaft bleibt ein äußerst heikles Thema in China und simplifizierte Definitionen, die Autonomie und Polarität der Akteure Staat und Gesellschaft in den Vordergrund stellen, müssen gerade in China hinterfragt werden. Während der Staat weiterhin ein größtmögliches Maß an Kontrolle über die Aktivitäten seiner Bürger durch unklare Vorschriften und informelle Aufsichtsmechanismen sucht, so sind, nach Virginia Cornues Argumentation, viele NGOs andererseits gerade im Frauenrechtssektor selbst gar nicht bereit, staatlich propagierte und traditionell festgefahrene Ideen wirklich in Frage zu stellen.<sup>53</sup> Analysen von Telefonberatungsstellen zeigen zum Beispiel, dass Frauen, die beispielsweise Opfer von ehelicher Gewalt geworden sind, immer noch eher geraten wird, sich um eine harmonische Ehe zu bemühen. Auch die Ausbildung, Organisation und Erfahrung der meisten NGOs genügen bei weitem nicht, um den professionellen Erfordernissen der psychologischen und rechtlichen Beratung gerecht zu werden. Cornues Meinung nach wird beim Thema Frauenrecht der Konflikt zwischen NGO und Staat noch nicht primär um Werte ausgetragen sondern um das Recht der Repräsentation. Die staatliche Kontrollaufsicht, mit der die Organisationen leben müssen und das Misstrauen, dass ihnen entgegen gebracht wird, begründe sich nicht in erster Linie aus inhaltlichen Differenzen sondern aus ihrem Status als NGO und damit als zivilgesellschaftlichem Novum.<sup>54</sup>

### **Nation: Tofu essen und den Parteistaat modernisieren**

Diese Aspekte sind umso problematischer, als die Entstehung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Shanghai vor besonderen Hürden steht: Die Regierung möchte weiterhin verhindern, dass sich horizontale und überprovinzielle Netzwerke der (meist in Beijing) etablierten NGOs bilden. Denn den wie auch immer geprägten Erwartungen steht eine Regierung gegenüber, die zwar nur noch bedingt im Stande ist, die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft zu übernehmen, gleichzeitig aber strategische Kontrolle behalten möchte.<sup>55</sup> Der politische Kontrollmechanismus der Regierung hat den Begriff Zivilgesellschaft nicht nur neutralisiert und entpolitisiert, sondern zivile und staatliche Akteure in einem Maße miteinander verwoben, dass sich die „Zivilgesellschaft“ selbst schwer tut, sich gut zu organisieren und eigene Ideen zu erarbeiten.<sup>56</sup> Die meisten Chinesen stehen NGOs sehr skeptisch, desinteressiert und uninformiert gegenüber, weil sie diese als wenig effektiv und nicht wirklich unabhängig betrachten, eher als parteipolitische Marionetten. In China sind immer noch Familie und Staat die entscheidenden Orte gesellschaftspolitischer Verhandlung und Problemlösung. Andererseits hat zum Beispiel Shang Xiaoyuan in ihren Studien herausgefunden, dass urbane, gebildete Frauen zwar nur noch wenig Interesse haben, sich politisch zu engagieren, aber wenn sie aktiv werden wollen, dann eher Mitarbeit auf der Grassroots- und Lokalebene suchen, dort also, wo sie glauben, dass ihre Interessen direkter entschieden und umgesetzt werden.<sup>57</sup>

Feminismus ist ein politisches Terrain, das der Staat und die Partei nur ungern an andere Akteure verlieren möchten. Zivilgesellschaftliche und parteiunabhängige Organisationen sollen dem Staat behilflich sein, die nötige Infrastruktur zu schaffen, um Gleichberechtigung finanziell, rechtlich und organisatorisch durchzusetzen, ohne dass die Regierung ihren Anspruch auf deren Definition und normative Grundlagen aus der Hand geben muss. Offiziell unterstützt werden deswegen vor allem NGOs, die bereit sind, mit dem staatlichen Frauenverband zusammenzuarbeiten, um gerade die wachsende Zahl der nicht staatlich repräsentierten Frauen (zum Beispiel jene im Privatsektor) unter die Fittiche der Parteikontrolle zu bringen.<sup>58</sup> Der Frauenverband, früher praktisch eine Art „Frauenministerium“, soll immer noch „quasi-Regierungsfunktionen“ übernehmen, zum Beispiel als effektivster Mechanismus, um die Geburtenkontrolle durchzusetzen.<sup>59</sup>

Wie sehr die Partei immer noch die offizielle Richtung der chinesischen Genderpolitik beeinflussen möchte, zeigt auch das Beispiel sexuelle Belästigung. Von unverhältnismäßig großem medialen Interesse seit dem Beginn der 1990er Jahre und doch nur unzureichend und einseitig dokumentiert, offenbart das Thema und die öffentliche Debatte, die es ausgelöst hat, welche politischen Interessen in der Frauenpolitik mitwirken. So zumindest argumentiert Diane Fu, nachdem sie kritisch analysiert hat, wie sexuelle Belästigung in den chinesischen (parteipolitisch gelenkten) Printmedien behandelt wird.<sup>60</sup> Umgangssprachlich nennen die Chinesen sexuelle Belästigung von Frauen *chi doufu*, „Tofu essen“, weil die Haut junger attraktiver Frauen so weiß wie Tofu schimmert aber auch so zart und zerbrechlich

ist. Der formale Term *xing saorao* (sexuelle Belästigung) dagegen ist ein Import, der mit den chinesischen Reformen ins Land gekommen ist, obwohl sexuelle Belästigung bereits in Maos Zeiten auch unter Parteikadern besonders verbreitet war. Der öffentliche Diskurs diskutiert sexuelle Belästigung aber fast ausschließlich im Zusammenhang mit jungen erfolgreichen Frauen, die in der modernen Großstadt meist im Privatsektor tätig sind. Die Diskussion zeigt so nicht nur, wie bislang tabuisierte Themen in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert werden und Rechtslücken allmählich geschlossen werden. Indem, wie Diane Fu deduziert, das soziale Problem sexuelle Belästigung als Anhängsel der kapitalistischen urbanen Moderne dargestellt wird, verhilft es China gleichzeitig auch zu dem Image einer modernen Industrienation; ein Image, das die Partei propagieren kann, um es wiederum auf „chinesische“ Art effektiver als „andere“ Industrieländer zu lösen. So wie die kommunistische Vergangenheit der sexuellen Belästigung vom öffentlichen Diskurs unbefleckt bleibt, so finden auch die Fälle von Belästigung oder Misshandlung von Frauen der sozialen Unterschicht, ob auf dem Land oder unter den urbanen Wanderarbeiterinnen, kaum die Beachtung der staatlichen Medien und geförderten Forschungsaktivitäten.

Das Projekt Gleichberechtigung gilt also nicht nur als ein integraler Bestandteil im Anspruch auf nationale „zivilisierte“ Modernisierung (auch, und gerade, auf Kosten massiver sozialer Ungleichheit), sondern bleibt gleichzeitig wichtiges Instrument der Partei auf der Suche nach neuer moralischer Legitimation.

Ein anderes interessantes weil auch besonders ironisches Beispiel für den Anspruch der Regierung, immer noch eine moralische Vorreiterrolle spielen zu können, ist das Thema Prostitution. Ähnlich wie in anderen Ländern wird es hoch kontrovers diskutiert. Im Gegensatz zum chinesischen Frauenverband, der noch viel strengere Auflagen fordert und eine stärkere Bestrafung der Käufer und Organisatoren befürwortet, sieht sich die Regierung aber gleichzeitig unter Druck, das (auch wieder 2006) immer stringenter werdende Prostitutionsgesetz (mit seinen weitgehenden administrativen Befugnissen zur Bestrafung) zu reformieren. Die Regierung hatte bereits seit den späten 1980ern angefangen, sich genauer mit dem Phänomen Prostitution in China zu beschäftigen. Denn das Gesetz, das zwar den bestrafen soll, der Prostitution organisiert, hätte letztlich weder Prostitution begrenzt noch zur sozialen Integration oder zur AIDS-Bekämpfung beigetragen. Außerdem wären damit der Korruption und illegalen Geschäftemacherei Tür und Tor geöffnet wurden. In diesem Zusammenhang stand dann auch die Reaktion der chinesischen Behörden. Denn gerade letzteres war, wie Elaine Jeffreys aufzeigt,<sup>61</sup> ausschlaggebend für die vor allem seit Ende der 1990er Jahre groß angelegten Razzien und neuen Verwaltungsvorschriften, die auf Druck des nationalen Volkskongresses, koste es was es wolle, durchgesetzt werden sollten. Das Hauptanliegen galt nicht etwa der Verurteilung der zügellosen Moral und der mittellosen Migrantinnen, die in den als Massagesalons, Badehäusern, Hostessservices oder Friseurläden getarnten Bordellen, trotz offizieller Nichtexistenz, wohl absolut

flächendeckend ihre Dienste anbieten. Nach eingehender Recherche und Klassifikation durch die chinesische Polizei kam ans Licht, dass es vor allem hohe Parteimitglieder waren, die ihre Mätressen und Liebesabenteuer durch Steuergelder subventionieren ließen. Und dass die neu entstandenen privaten Luxusetablissemments von der Veruntreuung der öffentlichen Gelder ungemein profitierten. Auch wenn das harte Durchgreifen Prostitution wohl letztlich kaum eindämmen konnte, so wollte die Regierung bei der Gelegenheit zumindest zweierlei erreichen: Transparenz in den eigenen Reihen zur Schau stellen und die Kontrolle über den privaten Unternehmens- und Dienstleistungssektor ausdehnen.<sup>62</sup> Auch beim Thema Prostitution bewegt sich also die chinesische Genderpolitik ambivalent am Nexus zwischen politischem Interesse, sozialem Anspruch und marktwirtschaftlichen Realitäten.

### **Ausblick**

Die wirtschaftliche Öffnung Chinas und die damit einhergehende Transformation der Gesellschaft hat die chinesische Frauenpolitik vor neue Herausforderungen gestellt, da alte sozialistisch geförderte Versorgungssysteme und Emanzipationsziele neuen marktwirtschaftlichen Prioritäten geopfert werden. Gleichzeitig haben die Reformen allerdings ganz wichtige Anstöße zur Reartikulation von Gender in China gegeben. Vorher kaum diskutierte oder bewusst tabuisierte Themen haben an neuer diskursiver Legitimität gewonnen. Die Importe liberal-demokratischer Konzepte und Feminismustheorien haben nun auch in China Grundsatzdebatten einer postmodernen Gleichberechtigung initiiert, wenngleich die Problematik soziale Gerechtigkeit dabei noch im Vordergrund steht. Doch Fragen wie individuelle Autonomie, Interessenpluralismus, Rechtsstatus und Identitätswandel haben bereits Eingang gefunden in die aktuelle Frauenrechtsdiskussion und ihre Akteure. Wie in Europa hat auch die chinesische Regierung zumindest erkannt, dass eine effektiv konzipierte Frauenrechtspolitik vor allem holistisch geführt werden muss. Dazu wurde Ende 2001 zum Beispiel eine interministerielle Kommission ins Leben gerufen, deren Aufgabe, geführt vom All-Chinesischen Frauenverband, darin besteht, Genderpolitik in China besser zu koordinieren und die Anstrengungen der einzelnen Ministerien, Behörden und Frauenorganisationen effektiver aufeinander abzustimmen.

Selbst die Einkindpolitik, einer der Grundpfeiler der chinesischen Modernisierungspolitik, wird offiziell zwar nicht in Frage gestellt, aber zumindest realistischer betrachtet und kritisch analysiert: Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Bevölkerungsplanung vor allem auf dem Land human und sozial verträglich durchzusetzen, sieht die Regierung ganz klar, welcher langfristigen demographischen Herausforderung sie da sicher zusteuert. Nicht nur die unnatürliche Verzerrung des Bevölkerungsverhältnisses von Männern und Frauen hat bereits soziale Konsequenzen. Auch die durch den steigenden Wohlstand, verbesserte Hygiene und Gesundheit bereits einsetzende Alterung der chinesischen Gesellschaft wird nicht ohne Implikationen für die zukünftige Basis der sozialen

Stabilität bleiben. Nach offiziellen Angaben soll der Anteil der über 60jährigen Bevölkerung in China von 10% im Jahr 2000 auf 31% im Jahr 2050 steigen. In der Mitte des 21. Jahrhunderts wird das Durchschnittsalter der Chinesen bei schätzungsweise 45 Jahren liegen. Allein heute haben über 147 Millionen Menschen in China die 60 Jahre überschritten. Kommentatoren schwören bereits die Gefahr herauf, dass China das erste Land sein wird, das altert bevor es wohlhabend wird.<sup>63</sup> Seit 1979 hat Shanghai die älteste Bevölkerung im ganzen Land; bereits seit neun Jahren ist dort das Bevölkerungswachstum negativ. Schon jetzt steht die Regierung vor den immensen Herausforderungen, ein übergreifendes System der sozialen Versorgung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter aufzubauen. So hat die Stadtregierung im Jahr 2004 zum Beispiel die gesetzlichen Möglichkeiten für Paare, mehr als ein Kind zu bekommen, erweitert. Paare in der zweiten Ehe können nun unabhängig davon, ob sie in der ersten Ehe bereits ein Kind hatten oder nicht, noch Nachwuchs haben. Auch müssen sie zwischen dem ersten und zweiten Kind nicht mehr wie vorher mindestens vier Jahre warten. Solche Reaktionen „politischen Pragmatismus“ (Heberer) auf den ideologischen Anspruch, Demographie und Gesellschaft in großen Dimensionen gestalten oder gar steuern zu können, scheinen sehr spät, wahrscheinlich sogar zu spät zu kommen. Vielen zumindest geht es nicht weit genug. Die Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften, Forschungsinstitut und gleichzeitig think tank für die Stadtregierung, möchte nun der Regierung raten, die Einkindpolitik völlig aufzugeben.

Genauso wie die Reformen in China fragmentarisch und widersprüchlich sind, so bleiben auch politische und gesellschaftliche Kontinuitäten in der Genderpolitik, die mit dem neuen Wertevokabular um Repräsentation und Legitimität konkurrieren. Vielleicht ist es das, was Frauenpolitik und Genderbewusstsein in China heute am besten charakterisiert: die Variation an Ideen und Idealen, die auf diffusen Ebenen des Diskurses einen Flickenteppich an Interessen und Identitäten produziert. Indem sie institutionelle Verflechtungen bilden und gesellschaftliche Normen generieren, knüpfen so staatliche Instrumente, marktwirtschaftliche Interessen und traditionelle Familienrollen auch gemeinsam neue Mechanismen der sozialen Kontrolle. Während einerseits aber neue Hegemonien gebildet werden, erwächst andererseits auch eine Vielzahl an Möglichkeiten, die chinesische Frauenrechtsdebatte mit neuen Alternativen und kritischen Ideen zu füllen.

Wer nach den vermeintlichen Idealen moderner chinesischer Frauen in Shanghai sucht, müsste eigentlich nur aufmerksam die Werbung und die zahllosen Fernsehserien verfolgen, die den Chinesen alltäglich entgegenflimmern. Was sieht man dort? Bleichschöne Chinesinnen mit großen Kulleraugen und knallbunten Designerkleidern. Ihre wohlhabenden Verehrer, mit denen sie dramatisch im Widerspruch zwischen dem Individualismus des „westlichen“ Lebensstils und den strengen Erwartungen der „orientalischen“ Familientradition dahinschmachten. Erfolgreiche Geschäftsfrauen mit internationaler Bildung und internationalem Klientel aber doch mit „konfuzianischer“

Businessethik. Und natürlich junge glückliche Ehefrauen, die in der teuer erstandenen Eigentumswohnung ihre begabten Einzelkinder früh fördern lassen und auch noch die Schwiegereltern an der heimischen Harmonie teilhaben lassen.

Doch sind diese Werte und konfuzen Ideale, so wie sie sich heute präsentieren, wirklich eine chinesische Variation, eine kulturelle Eigenmischung der Moderne? Arif Dirlik erinnert uns daran, dass sich die Widersprüche kultureller Identitäten nicht unbedingt eindeutig auflösen müssen und durch eine Vielzahl von Einflüssen ständig neu verhandelt und definiert werden. In einer Analyse der Konsumkultur in China<sup>64</sup> reflektiert er kritisch zur Annahme, dass in China eine Art „zweite Kulturrevolution“ im Entstehen ist, in der wieder in gewaltiger Größenordnung „chinesische“ Gesellschaftswerte produziert werden, diesmal durch den Prozess der (wie auch immer staatlich gelenkten) marktwirtschaftlichen Liberalisierung des Landes. Trotz der vermeintlich globalen Homogenisierung einer „Marktkultur“ bleiben dennoch Werte wie Familie, persönliche Beziehungen und Status entscheidende Merkmale des chinesischen Konsumverhaltens. Doch ist das Ausdruck einer chinesischen Tradition, die den Wandel der Zeiten, wie auch immer modifiziert, überstanden hat? Dirlik lässt uns darüber nachdenken, welche kulturelle Macht die globale Marktwirtschaft und ihre (auch chinesischen) Interessenvertreter in China ausüben vermögen. Er untersucht, wie erfolgreich der Markt eine chinesische Lokalkultur in den Dienst globaler Konsumkultur zu stellen vermag, um so in einem endlichen Konsummarkt unendliche Konsumbedürfnisse zu schaffen. Mit Hilfe der Werbung oder bewusst „chinesisch“ zugeschnittenen Produktpaletten passen sich die Anbieter eben nicht nur den Realitäten der traditionell gesinnten chinesischen Konsumenten an, sondern manipulieren auch selbst die vermeintlichen Wünsche ihrer neuen Kunden. Was wirklich chinesisch ist und was nicht, ist also auch heute nur schwer festzustellen. Die chinesischen Werte, jedenfalls, und das gilt auch für die Ideale der chinesischen Frauen in Shanghai, lassen sich nicht trennen von den Ideen, die sie repräsentieren wollen.

## Anmerkungen

---

- <sup>1</sup> Interview der Autorin mit Prof. Xu Anqi von der Shanghai Academy of Social Sciences in Shanghai, 30.09.2005.
- <sup>2</sup> Mayfair Mei-Hui Yang (1999): From Gender Erasure to Gender Difference: State Feminism, Consumer Sexuality, and Women's Public Sphere in China, in Mayfair Mei-Hui Yang (Hrsg.): *Spaces of Their Own. Women's Public Sphere in Transnational China* (Minneapolis: University of Minnesota Press), 39.
- <sup>3</sup> Margery Wolf (1985): *Revolution Postponed* (Stanford: Stanford University Press).
- <sup>4</sup> Lu Meiyi (2004): The Awakening of Chinese Women and the Women's Movement in the Early Twentieth Century, in Tao Tie et al. (Hrsg.): *Holding Up Half the Sky. Chinese Women Past, Present and Future* (New York: The Feminist Press), 55-70.
- <sup>5</sup> Qiusha Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China. Paving the way to civil society?* (London: Routledge), 35-43.
- <sup>6</sup> Ibid., 43-46.
- <sup>7</sup> Lily Xiao und Hong Lee (2004): The Chinese Women's Movement Before and After the Long March, in Tao: *Holding Up Half the Sky*, 72.
- <sup>8</sup> Ibid., 87.
- <sup>9</sup> Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China*, 126.
- <sup>10</sup> Mei-Hui Yang (1999): From Gender Erasure to Gender Difference, 46.
- <sup>11</sup> Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China*, 98.
- <sup>12</sup> Louise Edwards (2004): Constraining women's political work with "women's work". The Chinese Communist Party and women's participation in politics, in Anne E. McLaren (Hrsg.): *Chinese Women Living and Working* (London: Routledge), 115-129.
- <sup>13</sup> Mei-Hui Yang (1999): From Gender Erasure to Gender Difference, 44.
- <sup>14</sup> Min Dongchao (1999): The Development of Women's Studies: From the 1980's to the Present, in Jackie West et al. (Hrsg.): *Women of China: economic and social transformation* (London: Macmillan Press), 211- 223.
- <sup>15</sup> Mei-Hui Yang (1999): From Gender Erasure to Gender Difference, 42pp.
- <sup>16</sup> Harriet Evans (2002): Past, Perfect or Imperfect: Changing Images of the Ideal Wife, in Susan Brownell and Jeffrey N. Wasserstrom (Hrsg.): *Chinese Feminities / Chinese Masculinities* (Berkeley, CA: University of California Press), 339.
- <sup>17</sup> Wolf (1985): *Revolution Postponed*.
- <sup>18</sup> Interview mit Prof. Xu Anqi.
- <sup>19</sup> Jin Yihong (2004): *Entry into the World Trade Organisation and Women's Employment: Impact and Countermeasures* (Nanjing: GTZ Project on Reintegration of Unemployed Women), 6pp.
- <sup>20</sup> Wang Feng und Shen Anan (2003): Double Jeopardy? Female Rural Migrant Labourers in Urban China, The Case of Shanghai, in Brígida García et al (Hrsg.): *Women in the Labour Market in Changing Economies: Demographic Issues* (Oxford: Oxford University Press), 169.
- <sup>21</sup> Ibid., 167-183.
- <sup>22</sup> Fei-Ling Wang (2004): Reformed Migration Control and New Targeted People: China's Hukou System in the 2000s, *The China Quarterly Research Report 177* (2004), 115-132.
- <sup>23</sup> Wang und Shen (2003): Double Jeopardy, 180.
- <sup>24</sup> Wanning Sun (2004): The maid in China: Opportunities, challenges and the story of becoming modern, in McLaren: *Chinese Women*, 78.
- <sup>25</sup> Jin (2004): *Entry into the World Trade Organisation*, 10pp.
- <sup>26</sup> Zahlen von Prof. György Széll (2005): *Chinas Beitritt zur Welthandelsorganisation und die Auswirkungen auf Arbeit, Beschäftigung, Management und Wohlfahrt*, Vortrag im Rahmen des Chinesisch-Deutschen Forums am Deutschen Hochschulkolleg der Tongji Universität Shanghai, 1.12.2005.
- <sup>27</sup> *Shanghai Daily*, 07.03.2006.
- <sup>28</sup> Ibid.
- <sup>29</sup> *Shanghai Daily*, 11.-12.03.2006.
- <sup>30</sup> *Shanghai Daily*, 07.03.2006.
- <sup>31</sup> Jin (2004): *Entry into the World Trade Organisation*, 17.
- <sup>32</sup> Ibid., 13.
- <sup>33</sup> *China Daily*, 12.02.2002.
- <sup>34</sup> Széll (2005).
- <sup>35</sup> Interview der Autorin mit Prof. Cao Jinjing von der East China University of Science and Technology in Shanghai, 28.09.2005.
- <sup>36</sup> Interview mit Prof. Xu Anqi.

- 
- <sup>37</sup> Interview der Autorin mit Prof. Hu Suyun von der Shanghai Academy of Social Sciences in Shanghai, 30.09.2005.
- <sup>38</sup> Interview mit Prof. Xu Anqi.
- <sup>39</sup> Ibid.
- <sup>40</sup> Jim Yardly (2005): Once dreaded, stigma of divorce easing in China, *International Herald Tribune* 4.10.2005
- <sup>41</sup> Li Xiaowei (2005): Sociologists urge restraint in reporting divorce figures, *Shanghai Star* 30.06.2005.
- <sup>42</sup> *Shanghai Daily*, 07.03.2006.
- <sup>43</sup> Interview mit Prof. Xu Anqi.
- <sup>44</sup> Wang Xingyuan (2004): Domestic Violence in China, in Tao:  *Holding Up Half the Sky*, 183.
- <sup>45</sup> Interview mit Prof. Hu Suyun.
- <sup>46</sup> Min (1999): The Development of Women's Studies, 211-13.
- <sup>47</sup> Ibid., 217.
- <sup>48</sup> Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China*, 98-100.
- <sup>49</sup> Li Xiaojiang (2004): The Center for Gender Studies at Dalian University: A New Plan for the Mutual Development of Women's/Gender Studies and Higher Education, in Tao:  *Holding Up Half the Sky*, 139.
- <sup>50</sup> Ibid., 142-154.
- <sup>51</sup> Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China*, 127.
- <sup>52</sup> Ibid., 128.
- <sup>53</sup> Virginia Cornue (1999): Practicing NGOness and Relating Women's Space Publicly: The Women's Hotline and the State, in Mei-Hui Yang:  *Spaces of Their Own*, 68-91.
- <sup>54</sup> Ibid., 84.
- <sup>55</sup> Thomas Heberer und Nora Sausmikat (2004): Bilden sich in China Strukturen einer Zivilgesellschaft heraus? *Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften* 61/2004, 6-8.
- <sup>56</sup> Ibid., 15.
- <sup>57</sup> Shang Xiaoyuan (1999): Women and the Public Sphere: Education, NGO Affiliation and Political Participation, in West:  *Women of China*, 206.
- <sup>58</sup> Interview mit Prof. Hu Suyun.
- <sup>59</sup> Ma (2006): *Non-Governmental Organizations in Contemporary China*, 99-101.
- <sup>60</sup> Diana Fu (2005): China's Paradox Passage into Modernity: A Study on the Portrayal of Sexual Harassment in Chinese Media, *Stanford Journal of East Asian Affairs* 5:1 (2005), 45-57.
- <sup>61</sup> Elaine Jeffreys (2004): Feminist Prostitution debates. Are there any sex workers in China? in McLaren:  *Chinese Women*, 83-105.
- <sup>62</sup> Ibid., 97.
- <sup>63</sup> Dali L. Yang (2005): China's Looming Labour Shortage, *Far Eastern Economic Review* Jan./Febr. 2005 <http://www.feer.com/articles1/2005/0501/free/p019.html>
- <sup>64</sup> Arif Dirlik (2001): Markets, Culture, Power: „The Making of a Second Cultural Revolution“ in China, *Asian Studies Review* 25:1/2001, 1-33.

